

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: KV Bonn
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 23 bis 27:

Das weltweit angestiegene Wettrüsten führt zu einer wachsenden Kriegsgefahr. Diese Entwicklung bedroht die europäische Friedensordnung und führt insbesondere zu einer Verschärfung der Spannung zwischen Russland und der EU. Unter solchen Rahmenbedingungen verschlechtern sich die Bedingungen für ein Ende der Krise in der Ukraine. Die Bemühungen nach einer friedlichen Beilegung des bewaffneten Konfliktes in der Region scheinen sich in einer Sackgasse zu befinden und die längst überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt zu sein. Das NATO-Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2% BIP zu erhöhen, lehnen wir als kontraproduktiv ab.

~~Die zunehmend aggressive Großmachtpolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU, wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat. Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst~~